

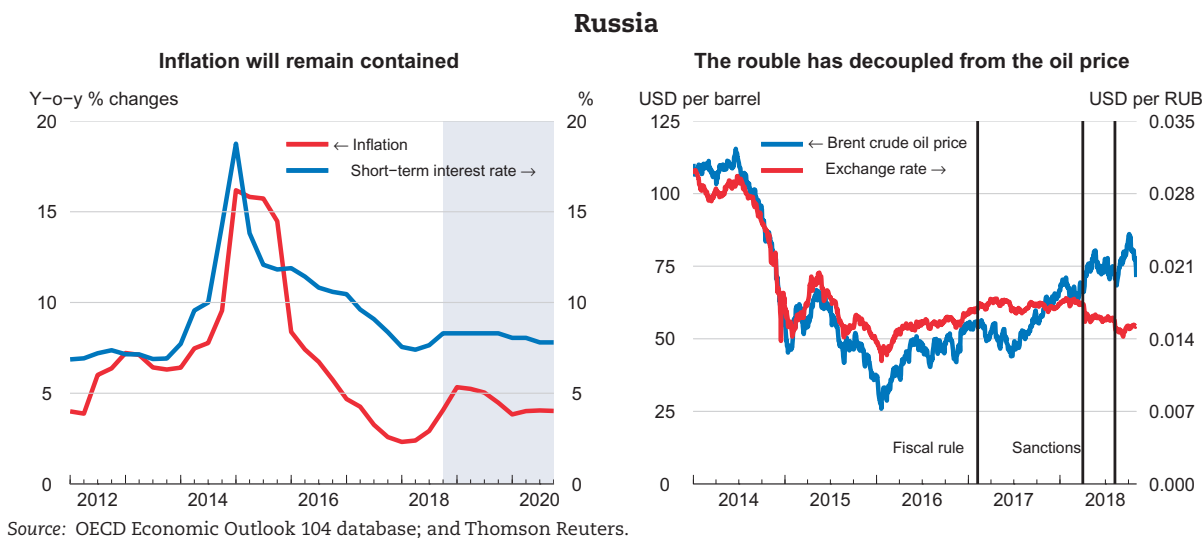
RUSSISCHE FÖDERATION

Das Wachstum wird den Projektionen zufolge robust bleiben, da der private Konsum von steigenden Löhnen, einer stärkeren Kreditvergabe an die privaten Haushalte und einem durch eine mutige Rentenreform bedingten Anstieg der Erwerbstätigenzahl profitieren wird. Große Infrastrukturprojekte werden die öffentlichen und privaten Investitionen ankurbeln. Die Mehrwertsteueranhebung Anfang 2019 dürfte das Wachstum über einen Rückgang der verfügbaren Einkommen vorübergehend schmälern. Unter dem Einfluss einer sich abschwächenden Auslandsnachfrage wird das Exportwachstum voraussichtlich nachlassen, während sich die Importe 2020 beleben dürften. Ein schwächerer Rubel wird zusammen mit der Mehrwertsteueranhebung einen vorübergehenden Anstieg der Inflation über die Zielvorgabe von 4% zur Folge haben. Die Arbeitslosigkeit dürfte sich erhöhen, da die Zunahme der Arbeitsnachfrage das infolge der Anhebung des Renteneintrittsalters steigende Arbeitsangebot nur teilweise auffangen kann.

Die Geldpolitik sollte als Reaktion auf die aufwärts tendierenden Inflationserwartungen gestrafft werden. Trotz einer starken Erhöhung der öffentlichen Ausgaben bleibt die Fiskalpolitik restriktiv ausgerichtet, um die Haushaltsposition wieder zu festigen. Hierdurch wird der Handlungsspielraum im Fall eines künftigen Schocks vergrößert. Gezielte öffentliche Ausgaben und insbesondere eine Erhöhung der Mindestrente könnten den Effekt der Mehrwertsteueranhebung auf die Einkommensungleichheit abfedern. Strukturreformen zur Verbesserung des Geschäftsumfelds würden das längerfristige Wachstum fördern.

Das Wachstum belebt sich

Das Wachstum belebt sich. Es wird vom privaten Konsum gestützt, da die verfügbaren Realeinkommen, die in den letzten sieben Jahren nach und nach gesunken sind, erstmals wieder steigen. Auch zunehmende Verbraucher- und Hypothekenkredite fördern den Konsum. Steigende Ölpreise sorgen für höhere Exporteinnahmen, während die wachsende Unsicherheit über künftige Sanktionen und höhere Finanzierungskosten für aufstrebende Volkswirtschaften das Investitionswachstum und die Investitionsgüterimporte verringern. Vor dem Hintergrund drohender neuer Sanktionen wertete der Rubel im April und August



StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933877164>

Russia: Demand, output and prices

	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	Current prices RUB trillion	Percentage changes, volume (2016 prices)				
GDP at market prices	83.4	-0.1	1.5	1.6	1.5	1.8
Private consumption	43.7	-2.3	3.3	2.6	1.3	2.2
Government consumption	14.8	0.8	0.4	-0.9	0.9	1.6
Gross fixed capital formation	16.4	1.7	4.7	2.3	2.4	3.4
Final domestic demand	74.8	-0.8	3.0	1.8	1.5	2.4
Stockbuilding ¹	1.9	-0.5	0.8	-0.7	-0.1	0.0
Total domestic demand	76.7	-1.3	3.8	1.0	1.3	2.3
Exports of goods and services	23.9	3.2	5.1	5.7	2.6	2.2
Imports of goods and services	17.2	-3.8	17.4	5.0	3.0	4.4
Net exports ¹	6.7	1.7	-2.3	0.5	0.2	-0.3
<i>Memorandum items</i>						
GDP deflator	—	3.4	5.2	9.5	5.3	3.4
Consumer price index	—	7.0	3.7	2.9	5.0	4.0
Private consumption deflator	—	6.2	3.0	3.0	4.5	3.5
General government financial balance ² (% of GDP)	—	-3.6	-1.5	0.5	1.8	1.1
Current account balance (% of GDP)	—	1.9	2.1	5.6	6.3	6.0

1. Contributions to changes in real GDP, actual amount in the first column.

2. Consolidated budget.

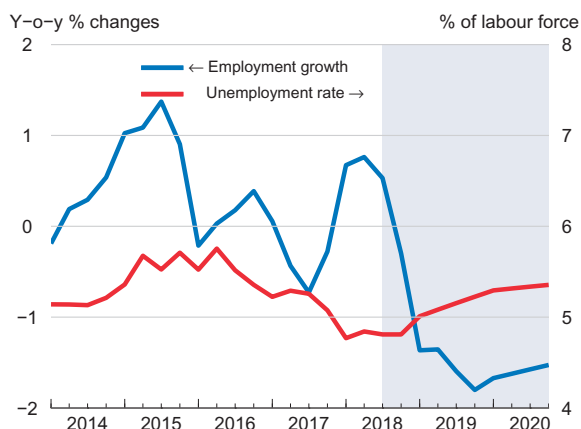
Source: OECD Economic Outlook 104 database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933878095>

ab. Turbulenzen in aufstrebenden Volkswirtschaften führten zudem dazu, dass Kapital ins Ausland verschoben wurde. Obwohl die Abwertung die Inflation in die Höhe treibt, liegt diese immer noch unterhalb der Zielvorgabe von 4%. Die Arbeitslosenquote ist mit weniger als 5% nach wie vor niedrig.

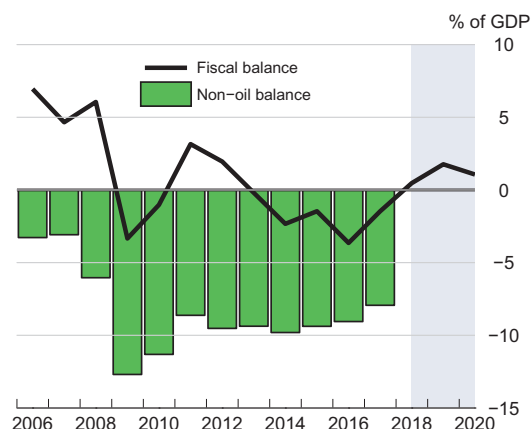
Russia

Employment will stabilise following the pension reform



Source: Ministry of Finance; and OECD Economic Outlook 104 database.

Fiscal policy will tighten



StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933877183>

Die wirtschaftspolitischen Weichenstellungen bleiben restriktiv ausgerichtet und Strukturreformen werden das Potenzial der Wirtschaft steigern

Die Zentralbank hat mit der Anhebung ihrer Leitzinsen im September rasch auf den Inflationsdruck reagiert, und sie sollte sich bereithalten, die Zinsen weiter zu erhöhen, um steigende Inflationserwartungen zu verankern. Die Währungsbehörden haben zudem die mit der Haushaltsregel zusammenhängenden Devisenkäufe eingefroren, um eine weitere Rubelabwertung zu begrenzen. Eine Verringerung der Wechselkursvolatilität wäre zwar sinnvoll, die zuständigen Stellen sollten jedoch von Interventionen an den Devisenmärkten Abstand nehmen, die die Wechselkurse langfristig beeinflussen sollen. Die Zentralbank fuhr mit der begrüßenswerten Sanierung des Bankensektors fort, indem sie mehreren Banken die Lizenz entzog, was keine spürbaren Effekte auf die Finanzmärkte und die Gesamtwirtschaft hatte.

Der fiskalpolitische Kurs bleibt restriktiv. Der Staatshaushalt weist erstmals seit 2009 einen Überschuss auf. Dies ist den höheren Haushaltseinnahmen aus dem Ölgeschäft und den im Einklang mit der Haushaltsregel umsichtigen Staatsausgaben zu verdanken. Die jüngste Rentenreform und eine geplante Mehrwertsteueranhebung werden die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen weiter erhöhen. Eine gewisse Lockerung ist angemessen, um das von der Regierung geplante Investitionsprogramm zu finanzieren.

Mit der Rentenreform wird das Rentenalter bis 2029 für Männer auf 65 Jahre und für Frauen auf 60 Jahre angehoben. Der geplante Anstieg der Rentenleistungen, insbesondere für Geringverdiener, dürfte die Ungleichheiten reduzieren helfen. Schätzungen zufolge wird sich der positive Gesamteffekt der Rentenreform auf das BIP-Wachstum 2019 auf etwa 0,1 Prozentpunkte und 2020 auf 0,2-0,3 Prozentpunkte belaufen. Die Anhebung der Mehrwertsteuer von 18% auf 20% Anfang 2019 dürfte den Konsum der privaten Haushalte und insbesondere der Geringverdienerhaushalte vorübergehend drosseln.

Die Regierung hat für die Jahre 2019-2024 ein ehrgeiziges Investitionsprogramm verabschiedet, das darauf abzielt, den Anteil der Investitionen am BIP von 21% auf 25% zu erhöhen. Dieses Programm dürfte dazu beitragen, die Verkehrsinfrastruktur zu verbessern, die Digitalisierung der Wirtschaft zu beschleunigen, die Finanzmärkte zu vertiefen und die auf dem Umlageverfahren basierende Rentenversicherung durch ein Kapitaldeckungsverfahren zu ergänzen. Dass Regierungsbeamte für die in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Ergebnisse persönlich verantwortlich zeichnen müssen, ist zu begrüßen und dürfte die effektive Umsetzung des Programms fördern.

Maßnahmen zur Verbesserung des unternehmerischen Umfelds durch einen stärkeren Schutz der Unternehmerrechte, wirksamerer Wettbewerb, eine geringere staatliche Einflussnahme im Unternehmenssektor und eine bessere Governance staatseigener Unternehmen sind Faktoren, die Investitionstätigkeit und Produktivität zusätzlichen Auftrieb geben würden. Auch die Förderung unternehmerischer Initiative, eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sowie höhere öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung würden das Wachstumspotenzial steigern. Verwaltungsvereinfachungen, wie die geplante zentrale Anlaufstelle für Exportunternehmen, sind Schritte in die richtige Richtung.

Das Wachstum wird etwas steigen

Unter dem Einfluss des Konsums der privaten Haushalte, der von höheren Reallöhnen profitiert, sowie öffentlicher Investitionen expandiert die Wirtschaft den Projektionen zufolge 2019 um 1,5% und 2020 um 1,8%. Wenn die Ölpreise nicht mehr weiter anziehen,

werden die Exporte nachlassen. Die Leistungsbilanz wird weiterhin einen Überschuss aufweisen. Die Mehrwertsteueranhebung, die restriktivere Geldpolitik und eine moderatere Kreditvergabe an die privaten Haushalte werden das Wachstum 2019 vorübergehend schmälern. 2020 dürften die Rentenreform und das Infrastrukturprogramm das Wachstum jedoch wieder ankurbeln.

Nach wie vor erhebliche Unsicherheit herrscht in Bezug auf die künftigen Sanktionen und Gegensanktionen, die die Exporte bremsen und eine neue Welle von Kapitalabflüssen sowie weitere Rubelabwertungen auslösen könnten. Außerdem bleiben die zuständigen Stellen vorsichtig, was mögliche negative Entwicklungen am Ölmarkt betrifft. Sie rechnen mit einem Szenario, in dem der Ölpreis aufgrund einer erneut ansteigenden Schiefergasförderung und des Auslaufens des „OPEC+“-Abkommens bis 2020 nach und nach auf weniger als 60 USD je Barrel sinkt. Dank des stabilisierenden Effekts der Haushaltsregel und eines flexiblen Wechselkurses würden die Auswirkungen eines Ölpreisrückgangs dieser Größenordnung auf das Wachstum aber wahrscheinlich gering ausfallen.



From:
OECD Economic Outlook, Volume 2018 Issue 2

Access the complete publication at:
https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2018-2-en

Please cite this chapter as:

OECD (2018), "Russische Föderation", in *OECD Economic Outlook, Volume 2018 Issue 2*, OECD Publishing, Paris.

DOI: https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2018-2-40-de

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.